

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Seilung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM mit Aufträgen; einzelne Nummern 15 Pf; Gemeinde-Verbands-Ostkonten Nr. 3; Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403 Postcheckkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Pettizelle 20 Reichspfennige, Eingeladene und Reklamen 50 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehn. — Druck und Verlag: Carl Sehn in Dippoldiswalde.

Nr. 243

Freitag, am 17. Oktober 1930

96 Jahrgang

Die für Dippoldiswalde auf das laufende Jahr aufgestellte

Schöffen- und Geschworenennurliste

liegt eine Woche lang, und zwar vom 18. bis mit 24. Oktober 1930, während der Geschäftsstunden (Sonntags von 11 bis 12 Uhr) beim unterzeichneten Stadtrat (Zimmer 16) zu jedermanns Einsicht aus.

Innerhalb dieser Frist kann Einspruch gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Liste schriftlich oder zu Protokoll beim Stadtrat erhoben werden. Hierbei wird auf die §§ 31, 32, 33, 34 und 84 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes und auf § 24 des Sächs. Gesetzes vom 1. März 1879, Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes enthaltend, die hier jederzeit eingesehen werden können, hingewiesen.

Dippoldiswalde, am 16. Oktober 1930. Der Stadtrat.

Freiwillige Feuerwehr Dippoldiswalde

Morgen Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr

10. Übung

Vertilches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Nach langer Zeit hat sich das Wetter endlich einmal beruhigt. Seit Montag haben wir dauernd Sonnenschein gehabt, und die gute Witterung ist von der Landwirtschaft tüchtig ausgenutzt worden, die rüchständigen Ernte- und Feldbestellungsarbeiten zu fördern. Nach dem schlechten Sommer und Frühherbst kommt nun vielleicht doch noch ein recht schöner Spätherbst.

Dippoldiswalde. Aufgebote: Monteur Albert Friedrich Kurz in Bödingen mit Erna Frida Viehsh in Dippoldiswalde, Kaufmann Paul Fritz Müller in Leipzig mit Gertha Marie Wie Schäfer in Dippoldiswalde, Schlossergehilfe Karl Erich Schmidt in Dresden mit Maria Barz in Dippoldiswalde. Eheschließungen: Robert Hans Strahberger, selbständiger Schlosser in Dippoldiswalde, mit Frida Hilba Franke aus Sabisdorf, Sparkassenassistentin, Friedrich Herbert Wittig mit Selma Elisabeth Feind, beide in Dippoldiswalde.

Die Art- und Lichtspiele bringen diese Woche einen von der Zensur sehr günstig bewerteten Film „Jenseits der Straße“ außerdem die übliche Wochenschau und einen wertvollen Kulturfilm, wie das übliche Weiprogramm.

In Lochwitz auf der Schloßstraße wurde am Donnerstag eine 65 Jahre alte Frau von einem Motorradfahrer umgefahren. Die Frau hatte die Straße überschritten und befand sich noch etwa einen Meter auf der Fahrbahn, als sie der Kraftstofffahrer anfuhr. Sie kam unter das Motorrad zu liegen und wurde mit einer klaffenden Kopfwanne zu Bekannten in Lockwitz gebracht.

Obercarsdorf. In der Karve beim Sägewerk der Firma Bruno Ebert trug sich gestern abend ein Unfall zu. Der Schmiedemeister Nühse aus Naundorf überfuhr mit seinem Motorrad eine Frau Schmidt aus Oberpöbel, die dabei schwere Verletzungen davontrug. Dr. Oermar, Schmiedeberg, leistete ihr erste Hilfe. Der Motorradfahrer gibt an, durch ein entgegenkommendes Auto geblendet worden zu sein.

Spechtitz. Am Donnerstag beging hier der Tischlermeister Ernst Härtwig sein 46 jähriges Geschäftsjubiläum. Die Tischler-Zwangs-Innung Dippoldiswalde ernannte den Jubilar zum Ehrenmeister und überreichte ihm durch den stellvertretenden Obermeister Goflau, Schmiedeberg, im Beisein des Gesamtvorstandes das Ehren Diplom.

Hörsdorf. Die nächste Mütterberatungsfunde findet Montag, den 20. Oktober, nachmittags von 2—3 Uhr, in der Volksschule statt.

Bärenstein. Privatus Otto Wende konnte am Montag im Kreise der Geschwister, Kinder und Verwandten in noch großer geistiger Regsamkeit seinen 80. Geburtstag feiern. Dem greisen Geburtstagskinde, der ein Veteran von 1870/71 ist, gingen zur Feier des Tages zahlreiche Glückwünsche und Geschenke zu. Reichspräsident v. Hindenburg sandte ein Bild mit Widmung, und die Schützengesellschaft und der Militärverein ehrten ihr Mitglied in besonders würdiger Weise.

Dresden. Die Voruntersuchung in dem vor Monaten eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen Ministerialrat Dr. Maier vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und gegen Regierungsrat Dr. Böhme wegen der bekannten Kreditgewährung an Seidemann, durch die der Sächsischen Wohlfahrtshilfe ein Verlust von über 2 Millionen RM entstand, ist nunmehr abgeschlossen. Das Gesamtministerium wird sich jetzt über die Erhebung der Anklage vor der Disziplinarammer zu entscheiden haben.

Dresden. Am Donnerstag gegen mittag unternahm in einer Großbäckerei in Dölzchen ein Schlosser mit einem Revolver einen Mordversuch auf den Direktor der Fabrik. Glücklicherweise verfehlte die Waffe. Während der Direktor nach dem Fernsprecher lief und die Polizei benachrichtigte, entkam der Täter. Der Direktor nahm in seinem Kraft-

Die Regierungserklärung

Alle müssen Opfer bringen!

Berlin, 16. Oktober.

Der Reichstag nahm am Donnerstag bei gut besetztem Hause und starker Publikumsbeteiligung die Regierungserklärung entgegen. Der Kanzler beschränkte sich darauf, das Programm der Regierung an Hand des seinerzeit veröffentlichten ausführlichen Kommuniqués zu unterstreichen und einzelne Punkte, die die besonders kritische Lage, in der sich Deutschland zurzeit politisch und wirtschaftlich befindet, besonders hervorzuheben. Er hielt sich dabei sorgfältig an das Manuskript, ein Beweis dafür, daß jedes Wort vorher sorgfältig im Kabinett überlegt worden ist. Um so mehr muß es auffallen, mit welchem Ernst der Kanzler die augenblicklichen Schwierigkeiten kennzeichnete und andeutete, daß das deutsche Volk vor einem Abgrund steht. Er hob hervor, daß durch die Andauer der Weltwirtschaftskrise das Haushaltsdefizit für das laufende Etatsjahr mit einer Milliarde anzunehmen ist.

Diese Ausführungen des Kanzlers erhalten durch einen vom Reichsfinanzminister Dietrich im Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei eingebrachten Antrag eine sehr ernste Unterbrechung, in welchem von Stürmen die Rede ist, die den Verblenden die Augen öffnen und die Gefahren zeigen würden. „In die blinder Radikalismus einerseits und brennerte Interessenpolitik andererseits unser Volk zu treiben drohen“.

Die Regierungserklärung wendet sich aber mit ebenso ernsten Worten der Mahnung an das Ausland, das immer noch nicht die enge Verflechtung zwischen Weltwirtschaftskrise und Reparationsverpflichtung erkannt, auf jeden Fall daraus nicht die logischen Folgerungen gezogen hat. Die Feststellung des Kanzlers, daß, nachdem die internationalen Sachverständigen ihr Urteil über Deutschlands Leistungsfähigkeit abgegeben hätten, die deutsche Wirtschaftslage von Monat zu Monat schlechter geworden wäre, wie vor allem seine Worte, daß die Reparationspflicht nicht dazu führen dürfe, daß das deutsche Volk seiner sittlichen und sozialen Grundlagen beraubt werde, enthalten den Hinweis, daß die Revisionsfrage jederzeit in ein akutes Stadium treten kann.

Von seinen Erläuterungen zu den innerpolitischen Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft und zur Beseitigung der drückenden Arbeitslosigkeit sind jene Ausführungen besonders beachtenswert, die davon sprechen, daß die Regierung keine dauernde Senkung des Reallohnes, dagegen eine gesunde Preispolitik, gegebenenfalls unter Anwendung von Zwangsmahnahmen, erstrebe. Sehr stark beachtet wurde die Tatsache, daß der Kanzler den Berliner Metallarbeiterstreik in diesem Zusammenhang nicht erwähnte und über entsprechende Zwischenrufe schweigend hinwegging. Man will daraus folgern, daß die Regierung zur Durchführung ihres Preislenkungsprogramms sich die Gesichtspunkte des Schlichterspruchs in dem Berliner Metallstreik zu eigen macht und eine Lohnsenkung für notwendig und tragbar hält.

Der Gesamteindruck der Regierungserklärung war der, daß die Regierung hofft, bei der außerordentlich ernsten politischen und wirtschaftlichen Lage die Unterstützung aller verantwortungsbewußten Kreise des Parlaments zu finden.

Auf der Tagesordnung der außerordentlich stark besetzten Reichstagsitzung stand als erster Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Damit verbunden waren die Notverordnung vom 26. Juli 1930, das Schuldenstilgungsgesetz und 21 Anträge, die von der verschiedenen Parteien auf Aufhebung der Notverordnung, Aufhebung oder Revision des Young-Plans, auf Durchführung der Feme-Amnestie und 31 anderen innen- und außenpolitischen Fragen gestellt sind.

Präsident Lobe teilte zunächst das Ergebnis der Schriftführer-Wahl mit und gab dann dem Reichskanzler das Wort zur Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Brüning

wurde von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Nieder mit dem Hunger-Diktator!“ Er begann seine Rede

wagen die Verfolgung des stadwärts Fliehenden auf. Mit Hilfe zweier Polizeibeamten gelang es, den Täter auf dem Münchner Platz dingfest zu machen. Man nahm dem Schloffer die mit fünf Patronen geladene Pistole ab und brachte ihn in polizeilichen Gewahrsam.

Hörsdorf-Herrndorf. Der mit der Stellvertretung der Revierförsterei in Herrndorf betraute Förster Rudolf Rosig ist als etatsmäßiger Förster nach Wendischcarsdorf bei Dippoldiswalde versetzt worden.

Chemnitz. Im Vorort Gössa fuhr auf der Mittweidaer Straße ein Lastkraftwagen, der nicht abgebremst hatte, eine

Mit einem Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise, die sich nicht auf Deutschland allein beschränkt. Die Reichsregierung lege ein Wirtschafts- und Finanzprogramm vor, mit dem sie die schlimmsten Wirkungen der wirtschaftlichen Krise zu beheben gedenkt.

Voraussetzung für die Durchführung des Wirtschafts- und Finanzreformprogramms sei die Aufrechterhaltung der Notverordnung.

Die Reichsregierung am 26. Juli 1930 erlassen hat. Die Verordnung ermöglicht die Balancierung des Reichshaushalts und damit eine Durchführung der Sozialpolitik (Wärmender Widerspruch bei den Komm.). Die Reichsregierung werde sich der Beratung der Notverordnung im Reichslagsauschuss nicht widersetzen.

Das Defizit des laufenden Jahres werde auf eine Milliarde geschätzt.

(Hört, hört!) Mit seinen Steuern und Lasten sei die Not nicht zu beheben. Daher habe die Regierung sich bisher mit Anleihen beholfen. Aber inzwischen habe der Geldmarkt sein Gesicht verändert. Viele deutsche Kapitalisten hätten in Verblendung und mangelnder Staatsgesinnung ihr Geld ins Ausland gebracht. (Beifalles Hört, hört!)

Vom Ausland hätten wir die erforderlichen Mittel zu besitzendenden Bedingungen erhalten unter der Voraussetzung, daß die Ermächtigung zur Aufnahme und Tilgung der Anleihe durch Gesetz planmäßig festgelegt wird.

Ich richte, so erklärte der Kanzler, an Sie, meine Herren, die Aufforderung, dasselbe Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur Regierung zu haben wie das Ausland.

(Lärm und lebhaftes Zurufe rechts und b. d. Kommunisten.) Die Reichsregierung habe ihr Sanierungsprogramm bereits veröffentlicht. Seine Grundlage sei ein vollkommen ausgeglichener Haushalt für 1931, die Selbständigmachung der Arbeitslosenversicherung, Sparmaßnahme auf allen Gebieten, auch bei den Gehältern (Unruhe), Vereinfachung des behördlichen Apparats, besonders auf dem Gebiet der Steuerverwaltung sowie die Vorbereitung eines endgültigen Finanzausgleichs, durch den den Gemeinden auch die Verantwortung für die Einnahmen auferlegt wird.

Die Reichsregierung wolle keine dauernde Senkung des Reallohnes, sie wolle aber das unhaltbar gewordene deutsche Preisgebäude unter allen Umständen ins Wanken bringen.

Eine blutere Volkswirtschaft und ein zusammengebrochener Staatshaushalt wären nicht mehr in der Lage, die Sozialpolitik weiter durchzuführen. Die Regierung werde alles tun, um möglichst viele Arbeitswillige und Arbeitsfähige wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Unter allen Umständen aber werde sie eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen sicherstellen. Sie werde das Arbeitschutzgesetz wieder vorlegen, dazu ein Bergarbeitergesetz, eine Neuregelung der Unfallversicherung und Sozialversicherung.

Der Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes geht seiner Vollendung entgegen. Die Kohlenpreisbildung sei für die Selbstkosten der ganzen Produktion grundlegend. Die Bergbauindustrie hat sich bei den von der Regierung eingeleiteten Verhandlungen sehr bereit erklärt, vom 1. Dezember ab die Kohlenpreise um 6 Prozent zu senken (Beifall bei der Mehrheit. Unruhe links).

Wenn nötig, werde die Regierung auch zu Zwangsmahnahmen zur Preislenkung greifen.

Besonders leide die Landwirtschaft. Ihre Not ist zurückzuführen auf den Zusammenbruch der Preise auf dem Weltmarkt. Die Regierung betrachte es daher als ihre Aufgabe, die Ueberschwemmung Deutschlands mit ausländischen Agrarprodukten einzudämmen. Ferner sei eine Hebung des Verzehrs des Roggens, des Produkts unserer heimischen Scholle, notwendig (Beifall rechts). Die Magaziniierung werde fortgesetzt werden. Durch die Reichstagsauflösung sei die Verabschiedung des Osthilfegesetzes verhindert worden, aber die Reichsregie-

Limousine an, die dadurch an einen Baum geschleudert wurde. Dem einen Insassen wurde durch die zertrümmerte Aufscheweibe die Halsschlagader durchschnitten; auch der zweite Insasse hat schwere Verletzungen davongetragen.

Wetter für morgen:

Meist schwache Winde aus Süd bis Ost, vorwiegend heiter, aber Neigung zu Nebelbildung, nach kühler Nacht am Tage starke Erwärmung.